

Koalition steht für den Mittelstand ein

„Rückgrat der Marktwirtschaft“

Die christlich-liberale Koalition steht hinter dem Mittelstand. Am Donnerstag wurde vor dem Bundestag deutlich: Während das oppositionelle Linksbündnis die Leistungen kleiner und mittlerer Unternehmen schlecht redet, arbeiten Union und FDP an weiteren Entlastungen für den Mittelstand.

Der Mittelstand hat die Rücken- deckung des Deutschen Bun- destages. In einer vielbeachte- ten Parlamentsdebatte würdigten Redner von Union und FDP am Donnerstagvormittag den Beitrag des Mittelstandes zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Gleichzei- tig forderten die Fraktionen der christlich-liberalen Koalition zahl- reiche weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für kleine und mittelgroße Unternehmen. Das oppositionelle Linksbündnis leistete dagegen keinen konstruktiven Bei- trag zur Debatte.

In der Diskussion über zusätz- liche Entlastungen für den Mit- telstand wurde vielmehr deutlich: Keine andere politische Kraft vertritt die Belange von Unternehmern so glaubwürdig wie die Union. Ihre Redner gingen treffsicher auf die Fragen ein, die den Mittelstand beschäftigen. So forderten sie die Bundesregierung etwa auf, eine auf den Mittelstand zuge- schnittene steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Thema waren auch die steuer- und sozialrechtlich vor- geschriebenen Aufbewahrungs- fristen, die die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auf fünf Jahre beschränkt sehen will.

Gleichzeitig zeigte die Debatte die Bedeutung des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft auf. Zwar blieb unbestritten, dass auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen von der guten kon- junkturellen Entwicklung profi- tierten. Allerdings wurde ebenso deutlich, dass diese Entwicklung

ohne die stabilisierende Kraft des Mittelstandes nicht möglich gewe- sen wäre: „In der Krise hat sich der Mittelstand als Rückgrat der Sozi- alen Marktwirtschaft erwiesen.“

Zuletzt hatte das KfW-ifo-Mit- telstandsbarometer einen neuen Rekordstand beim Geschäftsklima verzeichnet. Eine Vorbildfunktion nehmen die kleinen und mittleren Unternehmen auch in der aktuellen Debatte um den Anteil von Frauen in Führungspositionen der Wirt- schaft ein. Jeder vierte mittelstän- dische Betrieb geht auf die Grün- dung einer Frau zurück. Auch unter den Meistern sind Frauen ähnlich gut vertreten. Der Anteil weiblicher Führungskräfte liegt somit deutlich höher als in Großunternehmen.

Vertreter der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag stellten in der Parlamentsdebatte noch einmal klar, dass das geltende Zuwande- rungsrecht dem Mittelstand opti- male Chancen für den Erwerb von Fachkräften eröffne. Schon heute

kann jeder auslän- dische Bewerber zeit- nah nach Deutschland einwandern, wenn sei- ne Stelle durch keinen inländischen Kandidaten besetzbar ist. In manchen Fällen muss dieser Umstand überprüft werden, was dann jedoch häufig nur wenige Tage und in der Regel nicht mehr als vier Wochen in Anspruch nimmt. Diese Art der Regulierung, die jedem Einzelfall gerecht wird, liegt im Interesse aller Steuer- zahlender, da sie eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme ausschließt, gleichzeitig aber die rasche und gezielte Besetzung von freien Stellen ermöglicht.

Politik lobt Unternehmer

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ein Virus grassiert im oppo- sitionellen Lager. Erst war nur die Linkspartei gegen alles – die Neo-Kommunisten machten noch nie einen Hehl daraus, dass sie nur kritisie- ren wollen. Als nächstes die Grünen: Mit ihrem vehementen Nein zum Ausbau des Strom- und des Schienennetzes zerschossen sie ihr Image als Partei der Öko-Energie und des Bahnverkehrs selbst. Inzwischen ist auch die SPD infiziert. Es gibt kaum eine Position aus ihrer Regierungszeit, zu der die Sozialdemokraten noch stehen.



Daher überrascht es nicht, dass die SPD auch die wichtigen Regierungsvorhaben zur Neuordnung des Arbeitslosengeldes II weiterhin verzögert. Völlig verdrängt haben die Sozialdemokraten, dass die christlich-liberale Koalition einen handwerklichen Fehler von Rot-Grün beseitigen muss. Immerhin hatte das Bundesverfassungsgericht beanstandet, dass die Hartz-IV-Regelsätze unter Schröder nicht transparent berechnet wurden. Dieser Pflicht kam die Bundesregie- rung nach. Doch SPD, Grüne und Linkspar- tei sind aus ideologischen Gründen gegen die Neuberechnung. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

Milliarden von Euro stellt die christlich-liberale Koalition zusätzlich für Kinder, Bedürftige und die Kommunen bereit. Dem SPD-Führungszirkel ist nur zu bewusst, was seine Blockadehaltung bedeutet: Aus taktischem Kalkül verhindert die SPD Bildungsleistungen für die junge Gene- ration, Mindestlöhne für die Zeitarbeiter sowie massive Entlastungen der Städte und Gemeinden. Auch die taktische Wendung Gabriels, ein weiteres Vermittlungsverfahren zu fordern, unterstreicht nur erneut: Für die SPD stehen die Interessen der Partei über dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Kein Verständnis für linke Chaoten

Linkspartei und Grüne sympathisieren mit Gewalttätern

Die linke Szene hat wieder zugeschlagen: Als die Polizei ein besetztes Wohnhaus in Berlin auf Grundlage mehrerer Gerichtsurteile räumen wollte, verletzten die Extremisten 61 Menschen. Stimmen aus Grünen und Linkspartei relativierten das Unrecht und sympathisierten mit den Tätern.

Vertreter der christlich-liberalen Koalition haben am Mittwoch in einer heftigen Debatte vor dem Deutschen Bundestag die gewaltsamen Übergriffe von Linksextremisten auf Berliner Polizisten verurteilt. Eine Woche zuvor hatten linke Chaoten bei der Räumung des von ihnen besetzten Hauses in der Liebigstraße mehr als 60 Einsatzkräfte verletzt. Im oppositionellen Linksbündnis waren die Gewalttaten daraufhin verharmlost worden – Anlass für Union und FDP, die Auseinandersetzungen zum Thema im Bundestag zu machen.

Dabei wurde deutlich: Die Opposition ist bei der Bekämpfung des Extremismus auf einem Auge blind. Die Linkspartei, die die Atmosphäre in Berlin am stärksten aufgeheizt hatte, versuchte von den schwerwiegenden Ausschreitungen abzulenken. Ihre Rednerin schwadronierte über „Wohnen als soziales Grundrecht“ und bemitleidete die Hausbesetzer – die

Verletzten und die Hauseigentümer waren ihr dagegen keine einzige Erwähnung wert.

Die Linie der christlich-liberalen Koalition ist dagegen seit ihrem Amtsantritt klar: Entschlossen treten CDU, CSU und FDP gegen jeden politischen Radikalismus ein. Dabei spielt die Motivation der Extremisten für die unionsgeführte Bundesregierung keine Rolle: Familienministerin Dr. Kristina Schröder stabilisierte die millionenstarken Programme gegen Rechtsextreme genauso wie sie den rot-grünen Kuschkurs mit Linksradi-kalen beendete, indem sie hier neue Initiativen auf dem Weg brachte. Wie überfällig dieser Schritt war, zeigt die in den vergangenen Jahren rasant gestiegene Zahl der Straftaten aus dem linksextremen Milieu. Allein in 2009 nahm die Zahl der Verbrechen mit linksradikalem Hintergrund um 39,4 Prozent auf 9.375 zu. Die Statistik belegt auch, dass die Vorfälle in

der Liebigstraße kein Einzelfall sind: Im gesamten Bundesgebiet liegt die Gewaltbereitschaft linker Täter um ein Vielfaches höher als die anderer politisch motivierter Verbrecher. So kam es 2009 zu einem mehr als 50-prozentigen Anstieg auf 1.822 Körperverletzungen durch Linksextremisten, während die Zahl rechts-extremistisch motivierter Gewalttaten auf 959 abnahm.

Umso unverständlicher bleibt, dass der zuständige Bezirksbürgermeister, der den Grünen angehört, gegen den Polizeieinsatz in Berlin hetzte. Die Polizeigewerkschaft hatte außerdem kritisiert, dass der Alt-68er Ströbele, ebenfalls Mitglied der Dagegen-Partei, die Gewaltbereitschaft mit seinen provokanten Äußerungen erhöht habe. Der durch die Aggressivität der Chaoten notwendig gewordene Großeinsatz von 2.500 Polizisten verursachte dem Steuerzahler Kosten von mehr als einer Million Euro.

Diese Woche

Koalition steht für den Mittelstand ein „Rückgrat der Marktwirtschaft“	1
Kein Verständnis für linke Chaoten Linkspartei und Grüne sympathisieren mit Gewalttätern	2
Rekordstand bei Erwerbstätigen Der Winter lässt den Aufschwung kalt	2
Bundeswehr rüstet sich für die Zukunft Mit gutem Beispiel voran	3
Entschlossenes Handeln im Interesse der Verbraucher Mehr Transparenz beim Tierschutz	4
Investitionen in die Zukunft Schnelles Breitband für Stadt und Land	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Rekordstand bei Erwerbstätigen

Der Winter lässt den Aufschwung kalt

Der Aufschwung ist auch durch den kalten Winter nicht zu bremsen. Die Arbeitslosigkeit liegt in Deutschland so niedrig wie seit 19 Jahren nicht mehr. Die Zahl der Erwerbstätigen befindet sich weiter auf Rekordniveau.

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes im Januar zeigt: Der Winter lässt den Aufschwung kalt. Trotz der extremen Witterung ist die Zahl der Erwerbslosen im Jahresvergleich um 270.000 gesunken. Saisonbereinigt nahm die Arbeitslosenzahl von Dezember zu Januar sogar ab. Mit 3,35 Millionen liegt die Zahl der Erwerbslosen so niedrig wie zuletzt kurz nach der Wiedervereinigung. Im Januar 2006, kurz nach dem Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung, waren noch über fünf Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen. Da die Zahl der Erwerbslosen trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen so stark zurückging, spricht das Ausland von einem zweiten deutschen Wirtschaftswunder.

Arbeitnehmer und die deutsche Wirtschaft profitieren von dieser Entwicklung gleichermaßen. Das belegt die ungebrochen hohe Nachfrage nach Arbeitskräften. Frank-Jürgen Weise, der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, stellte heraus, dass sogar „die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erneut deutlich zunimmt“. Tatsächlich ist ihre Zahl im November und Dezember um über 100.000 angestiegen. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen befindet sich mit 40,92 Millionen auf Rekordniveau; vor Jahresfrist lag sie noch um über 400.000 niedriger. Der nachhaltige Erfolg der christlich-liberalen Arbeitsmarktpolitik ermöglichte es auch im Winter vielen Menschen, sich und ihre Familien aus der Abhängigkeit der Arbeitslosigkeit zu führen.

Bundeswehr rüstet sich für die Zukunft

Mit gutem Beispiel voran

Im vergangenen Jahr hatte Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg eine Debatte über die Einsatz- und Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr angestoßen. Dieser Impuls trägt erste Früchte: Am Montag wurden die Pläne zur Modernisierung des Ministeriums bekannt. Sie ermöglichen dem Haus eine Konzentration auf seine Kernfunktionen.

Der Verteidigungsminister hält Wort. Wenn es zu weitreichenden Veränderungen in der Struktur der Bundeswehr kommen werde, so hatte Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg bereits im vergangenen Jahr betont, muss das Ministerium vorangehen. Und tatsächlich: Am Montag präsentierte der Minister gemeinsam mit seinem Staatssekretär Walther Otremba Pläne für einen Umbau seines Hauses, der die Bundeswehrreform einleiten und ihre Umsetzung unterstützen wird. Zu Guttenberg geht also mit gutem Beispiel voran: Zuerst setzt er den Rotstift beim eigenen Ministerium an, erst später werden Straffungen in der Truppe umgesetzt.

Zu Guttenberg war eigens nach Bonn angereist, wo die meisten Mitarbeiter des Ministeriums angesiedelt sind, um sich direkt mit ihnen auszutauschen: „Mir ist es ein Anliegen, Sie persönlich über die geplanten Maßnahmen zu informieren“, betonte der Verteidigungsminister in der ehemaligen Bundeshauptstadt und bat um eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit den Vorschlägen.

Bereits in den vergangenen Monaten hatte zu Guttenberg deutlich gemacht, dass bestehende Defizite in der Struktur der Streitkräfte dafür sorgen, dass die „Bundeswehr insgesamt hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt“. Da die fortwährenden Reformbemühungen der vergangenen Jahre gezeigt hätten, dass „ein isoliertes Justieren einzelner Stellschrauben alleine nicht ausreicht“, so der Minister zu Beginn des Jahres, habe er einen strukturellen Umbau der Streitkräfte für notwendig befunden. Nur so werde die Bundeswehr noch professioneller, noch schlagkräftiger, noch moderner und attraktiver werden können.

In einem ersten Schritt soll nun das Verteidigungsministerium auf seine wesentlichen Funktionsbereiche ausgerichtet werden. Einheiten für „Politik

und Planung“, „Ressourcen“ sowie „Militärische Auftragserfüllung“ sollen optimal miteinander korrespondieren,



um gemeinsam den Gesamtauftrag des Hauses erfüllen zu können. Die Reformvorschläge für das Ministerium sehen acht Abteilungen und vier

Stäbe vor. Damit wird die Empfehlung der Strukturkommission, die im vergangenen Jahr eine Zusammenfassung des Ministeriums in zwölf Abteilungen und fünf Stäbe empfohlen hatte, noch übertroffen.

Beobachter halten vor allem die neue Positionierung des Generalinspektors innerhalb des Ministeriums für zukunftsweisend. Er soll dem Verteidigungsminister für die Führung der Bundeswehr sowie den Einsatz der Streitkräfte unmittelbar verantwortlich sein. Auch die von zu Guttenberg ins Auge gefasste Straffung des Ministeriums findet Beachtung: Die Zahl der Beamten soll von 3.100 auf unter 2.000 reduziert werden.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Linke Verfassungs...

Petra Pau, Funktionärin der Linkspartei, tut sich besonders schwer mit dem Grundgesetz. Bundesministerin Dr. Kristina Schröder hatte kürzlich durchgesetzt, dass Steuermittel nur noch an solche Projekte gegen politischen Extremismus verteilt werden, deren Träger sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Damit will Frau Schröder verhindern, dass linksradikale „Antifaschisten“ weiterhin Steuerzahlergeld kassieren. Dieser Schritt trifft die Linke, und Frau Pau kommentiert giftig: „Damit sät die Bundesregierung Zwietracht innerhalb der Zivilgesellschaft. Heraus kommt ein verordneter Antifaschismus von Regierungs Gnaden.“ Unter normalen Umständen könnte man diese unqualifizierte Äußerung übergehen. Frau Pau ist allerdings Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Als eine der höchsten Repräsentantinnen des Staates sollte sich Frau Pau solcher Bemerkungen enthalten. Oder steckt gar nicht sie selbst, sondern ihre Sekretärin dahinter, die kürzlich als ehemalige Stasi-Mitarbeiterin aufflog?

...und Genossentreue

So schrecklich es klingt – diese Woche bestätigte es sich einmal mehr: Die Linkspartei, Nachfolgepartei der SED, ist stolz auf ihre Vergangenheit. Nun ehren die Neo-Kommunisten eine ihrer ideologischen Vorkämpferinnen auf die besondere Art: Die Linkspartei vergibt künftig einen Clara-Zetkin-Preis. Dass die Vorzeigekommunistin der 1920er-Jahre unter anderem zum „Sturz des bürgerlichen Staates“ sowie zur Abschaffung des Privateigentums aufgerufen hatte, macht sie bei den Linken wohl nur beliebter. Pikante Parallele: Bereits in der DDR gab es eine Clara-Zetkin-Medaille. Zu den Trägerinnen dieses Preises zählt auch die als „rote Guillotine“ bekannte Hilde Benjamin, die durch ihre unmenschliche Härte als eine der obersten DDR-Richterinnen in Erinnerung blieb. Später wurde sie sogar Justizministerin des Unrechtsstaats. Die Linkspartei bittet um Kandidatenvorschläge für den Clara-Zetkin-Preis. Am besten geeignet wäre wohl ihre Vorsitzende Gesine Löttsch, die sich stets treu zum Kommunismus bekennt.

Entschlossenes Handeln im Interesse der Verbraucher

Mehr Transparenz beim Tierschutz

2011 ist ein Jahr wichtiger Entscheidungen in der europäischen Landwirtschaftspolitik. Dabei geht es um bedeutende Weichenstellungen für die europäische Landwirtschaft. Vorteil für die deutschen Landwirte und Verbraucher: Die zuständige Bundesministerin Ilse Aigner kennt ihre Anliegen und hat sich bereits in der Vergangenheit in Brüssel für deutsche Interessen stark gemacht.

Die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner fordert eine offene Debatte über die Erwartungen der Verbraucher und der Landwirte an die einheimische Agrarwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft, so Frau Aigner, sehe sich mit wachsenden Anforderungen konfrontiert. Die Nahrungssicherheit und die Produktion nachwachsender Rohstoffe gehörten ebenso dazu wie der Klima-, Umwelt- und Tierschutz. Vor diesem Hintergrund sei es notwendig, darüber zu sprechen, was die Verbraucher und was die Landwirte erwarteten, was der Natur und dem Wohl der Tiere diene. Auf Initiative Frau Aigners arbeitet das von ihr geführte Bundesministerium derzeit an einer grundlegenden „Charta für Landwirtschaft und Verbraucher“.

Dabei kann auf Erfolgen der Vergangenheit aufgebaut werden: Die deutsche Ernährungswirtschaft genießt international einen hervorragenden Ruf. Produkte mit den Gütesiegeln „Made in Germany“ oder „Qualität aus Bayern“ sind weltweit anerkannt. Damit dies so bleibe, müssen die Landwirte in ihrem eigenen Interesse auf Nachhaltigkeit setzen: Kein Betrieb wird auf Dauer bestehen können, wenn er nicht nachhaltig wirtschaftet, so die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Auch die Akzeptanz der Landwirtschaft spiele eine wichtige Rolle: „Wir wollen gemeinsam die Leistungen der Landwirtschaft für die Bevölkerung herausstellen. Dabei wollen wir auch deutlich machen, wie eine

moderne bäuerliche Landwirtschaft funktioniert.“

Frau Aigner regte auch Änderungen bei der Tierhaltung an. Diese müsse zwar bereits heute – unabhängig von der Größe des Betriebs – höchsten Anforderungen genügen. Dennoch sei es notwendig, die Tierhaltung im Sinne der Landwirte, der Verbraucher und zum Wohle der Tiere weiterzuentwickeln. Dazu liegen bereits erste Vorschläge der Bundesministerin vor. Frau Aigner setzt dabei auf Transparenz: Sie macht sich für die Einführung eines europäischen Tierschutz-Labels stark – ähnlich dem Biosiegel. Damit sollen die Verbraucher Produkte klar erkennen können, bei deren Erzeugung sehr hohe Tierschutzanforderungen erfüllt wurden.

Investitionen in die Zukunft

Schnelles Breitband für Stadt und Land

Schnelles Internet und eine hochwertige Breitband-Infrastruktur sind heute nicht nur für den privaten Alltag unabdingbar. Sie sind vielmehr auch wichtige Standortfaktoren für die Ansiedlung von Unternehmen und Familien. Auf Anregung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag besprachen Parlamentarier der Union am Mittwoch mit zwei Bundesministern Wege zu Fortschritten in diesem Bereich.

Für Bundesministerin Ilse Aigner ist der Fall klar: „Wir müssen eine gleichartige Grundversorgung in Stadt und Land mit qualitativ hochwertigem Breitband sicherstellen.“ Die Verbraucherschutzministerin sowie Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer machten sich am Mittwoch gegenüber Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für einen Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum stark. Mehr als einer Million Haushalten, vor allem im ländlichen Raum, steht heute noch kein leitungsgebundenes Breitband zur Verfügung. Breitband bietet die Chance, Infrastrukturnachteile der ländlichen Räume auszugleichen. Diese Chance will die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nicht ungenutzt lassen. Ein flächendeckender Ausbau schafft Arbeits-

plätze und steigert die Ertragskraft besonders auf dem Land. Mit einer flächendeckenden Bandbreite von



50 Megabyte pro Sekunde bis 2018 hat die Bundesregierung eine klare Zielmarke gesetzt. Wenn absehbar ist, dass dieser Ausbau im ländlichen Raum im Wettbewerb nicht erreicht werden kann, müssen die Unterneh-

men aus Sicht der CSU im Bundestag dazu verpflichtet werden. Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Telekommunikationsgesetzes will die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag einen verbindlichen Zeitplan zur Erreichung dieses Ausbauziels vereinbaren. Dazu gehört auch eine gesetzliche Festschreibung der Maßnahmen, mit denen verbleibende weiße Flecken auf der Breitband-Landkarte geschlossen oder nicht erreichte Etappenziele realisiert werden können. Darüber hinaus soll die geplante Novellierung im Rahmen eines Artikelgesetzes erfolgen. Auf diesem Weg können die rechtlichen Rahmenbedingungen auch in weiteren Gesetzen verbessert werden, um weitere Synergien beim Ausbau der Breitband-Infrastruktur zu ermöglichen.